

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung vom 03.02.2022

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

10. Information der Abteilung Bürgerdienste zu den Veränderungen der Arbeitsabläufe insbesondere in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG)

Vorlage Nr. VL 709/2021

Einführend erläutert Herr Fries, zu verschiedenen Anlässen sei über die Arbeitsbe- und -auslastung der Mitarbeiter in Verbindung mit Wartezeiten gesprochen worden. Die Auswirkungen der Corona- Pandemie hätten jedoch die Arbeitsabläufe der Abteilung Bürgerdienste verändert, so dass die Verwaltung informieren und deutlich machen wolle, dass man in Richtung der Digitalisierung gehen wolle. Nicht alles sei bereits jetzt digital möglich, da persönliches Erscheinen noch erforderlich sei, aber der Prozess setze sich fort. Mit der Vorlage wolle man einen Überblick über die derzeitige Situation geben. Was den Stellenplan angehe, seien damit Kosten verbunden. Man müsse sich auch in der Politik darüber Gedanken machen, wo der Schwerpunkt gelegt werden soll, wo ggf. Leistungen eingeschränkt werden müssten, wenn Mittel für das Personal nicht zur Verfügung stehen oder wenn sie zur Verfügung stehen, entsprechendes Personal nicht zu bekommen sei. Dies treffe derzeit zu und führe zu entsprechenden Wartezeiten. Es gebe verpflichtende Kernaufgaben der Verwaltung, so dass man sich darüber unterhalten müsse, wie diese stabil geleistet werden könnten.

Herr Weber unterstützt die Aussage, dass das Personal im Rathaus am Limit arbeitet und bittet die politischen Vertreter dies als Multiplikatoren auch in der Öffentlichkeit darzustellen. Es sei wichtig, die digitalen Möglichkeiten zu erweitern.

Zur Frage von Herr Kamann zum Stand der Umsetzung des OZG und der Wahrscheinlichkeit, dass die Vorgaben zum Jahresende erfüllt werden können, führt Frau Nothacker aus, sie gehe davon aus, dass die Umsetzung bei allen Kommunen nicht fristgerecht erfolgen könne. Es werde viele Bereiche geben, wo Modelle entwickelt würden und viele Dienstleistungen angeboten werden, aber nicht vollständig. Das Bürgerportal enthalte bereits viele Möglichkeiten, die Internetpräsenz der Ausländerbehörde sei verbessert worden, aber es ließen sich Vorsprachen nicht vermeiden, z. B. weil Fingerabdrücke genommen werden müssten. Eine vollständige Umsetzung sei nicht in allen Bereichen möglich.

Die Frage von Herrn Kammann, ob durch die Umsetzung des Gesetzes Personal frei werde, verneint Herr Fries. Die Prozesse für den Bürger würden vielleicht einfacher, die Prozesse innerhalb der Verwaltungsstrukturen jedoch schwieriger. Für die 395 Prozesse, die das OZG vorsehe, sei man auch darauf angewiesen, die IT- technischen Voraussetzungen zu erhalten, die aber evt. durch die SIT nicht zur Verfügung gestellt werden könnten oder Rechtliches noch geklärt werden müsse. Das Ziel sei ausgegeben worden, aber die Kommunen seien in NRW alleine gelassen worden, anders als in Hessen.

Die Frage von Herrn Heilmann, ob eine Plausibilitätsprüfung denkbar wäre oder ob dies bereits zur Rechtsberatung zähle, was den Behörden nicht erlaubt sei, beantwortet Herr Fries dahingehend, dass dies nicht zur Rechtsberatung zähle. Eine Plausibilitätsprüfung der Eingaben müsse gemacht werden, sonst würde es nicht gut laufen und zu noch mehr Verwaltungsarbeit führen. Bürgerfreundliche Verwaltung im Rahmen von Information des Bürgers sei keine Rechtsberatung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung nimmt die Informationen der Abteilung Bürgerdienste zur Kenntnis und unterstützt den weiteren Ausbau der Online-Zugänge von Dienstleistungen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. AfFSO 03.02.2022
